

für die Qualität der ärztlichen Leistungen verantwortlichen Arztes verarbeitet werden dürfen. Die Finanzierung von Studien, Modellen und Projekten zur Entwicklung oder Durchführung von Qualitätssicherungsmaßnahmen im Krankenhaus, wird zwischen den Partnern abgestimmt werden. Soweit hierzu die Kostenträger der Krankenversicherung beitragen müssen, sollen die Verhandlungen hierüber gemeinsam von Vertretern der Ärzteschaft und der Krankenhausträger geführt werden.

Die Qualitätssicherung der medizinischen Versorgung ist eine vorrangige Aufgabe der ärztlichen Selbstverwaltung. Der Deutsche Ärztetag hat dieser Tatsache durch seine in Kassel erhobenen Forderungen Rechnung getragen, die Bundesärztekammer hat die als Voraussetzungen für die innerärztliche Koordination notwendigen arbeitsfähigen Organisationsstrukturen geschaffen, und die Qualitätssicherungsgremien der Bundesärztekammer sind auftragsgemäß tätig geworden. Die Schilderung der laufenden bzw. in Vorbereitung befindlichen Projekte zeigt – so hoffe ich – daß die Bereitschaft der Ärzte, aber auch der mit der Ärzteschaft zusammenarbeitenden Organisationen, zur Bewältigung der anstehenden Probleme groß ist und daß überall die Einsicht vorhanden ist, daß die Qualitätssicherung aus einem modernen Gesundheitswesen nicht wegzudenken ist.

Anschrift des Verfassers:  
Dr. med. Gustav Osterwald  
p. A. Ärztekammer  
Niedersachsen  
Berliner Allee 20  
3000 Hannover

Der Verfasser, Vizepräsident der Bundesärztekammer und Präsident der Ärztekammer Niedersachsen, leitet den BÄK-Ausschuß „Rationalisierung und Qualitätssicherung der ärztlichen Berufsausübung.“

## Staatsminister Dr. Jenninger: Freiberufler-Freibetrag bleibt

Aus der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Freien Berufe in Bonn – Prof. Deneke zum Präsidenten gewählt –  
Forschungsinstitut in Nürnberg bedarf verstärkter Förderung

Die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB) wählte am 3. Mai in Bonn Professor J. F. Volrad Deneke zum Präsidenten des BFB als Nachfolger des erkrankten Dr. med. Rolf Schlögell\*), den die Versammlung zum Ehrenpräsidenten berief. Professor Deneke, zur Zeit noch Hauptgeschäftsführer der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, erklärte nach seiner Wahl, daß der Bundesverband der Freien Berufe in künftigen Aktivitäten zusätzliche neue Akzente setzen muß. Insbesondere betonte er die Notwendigkeit, über die materielle Interessenwahrung hinaus dem gemeinen Wohl in den für die Vielfalt der Freien Berufe typischen schöpferischen Funktionen zu dienen. So sollten sich die Repräsentanten der Freien Berufe deutlicher als bisher auch in der Bildungspolitik zu Wort melden:

„Angesichts einer Zahl von rund 100 000 Hochschulabsolventen, die gegenwärtig ohne Beschäftigung sind, und angesichts einer Schul- und Hochschulpolitik, die noch immer Überkapazitäten produziert und geistiges Kapital falsch investiert, werden die Freien Berufe zu diesem Thema einen programmatischen Beitrag leisten müssen.“

Die Freien Berufe sind die Alternative zur materialistischen Massengesellschaft. Sie sollten daher Fürsprecher sein für eine Bildungspolitik, die nicht ausschließlich am beruflichen Karrieredenken orientiert ist. Die Erziehung zu sozialem ethischer Verpflichtung, die Mehrung des gemeinsamen Bildungsgutes und die Ermutigung der schöpferischen Kräfte werden jedoch nur gelingen,

wenn wir nicht weiterhin einer Minderheit von Klassenkämpfern in den Lehrkörpern unserer Schulen das Sagen lassen.“

Die Freien Berufe insgesamt müßten sich ihrer gesellschaftspolitischen Aufgaben immer wieder neu bewußt werden: „Die Freien Berufe sind die Anwälte der individuellen Freiheit für jedermann. Sie sind die treibenden Kräfte zwischen den großen Blöcken der Arbeitgeber-Bürokratien und der Arbeitnehmerfunktionäre.“ Wie Deneke weiter erklärte, müssen sich die Freien Berufe „für eine Ordnungspolitik im Wirtschaftsleben einsetzen, die die persönliche Verantwortung und Leistung respektiert. Lebensleistung in Beruf, Familie und Nachbarschaft muß ideell und materiell wieder voll anerkannt werden, wenn Fortschritt und Sicherheiten auch in Zukunft Bestand haben sollen“.

Die Freien Berufe, deren volkswirtschaftliche Leistung mittlerweile auch quantitativ gleichen Rang hat wie die volkswirtschaftliche Leistung der Landwirtschaft, werden ihre gesellschaftspolitischen Ziele aber nur verwirklichen können, so Deneke, wenn sie die politische Partnerschaft mit allen Selbständigen in Handel, Handwerk und Landwirtschaft, mit der Leistungselite der Beamten in allen Besoldungsgruppen sowie mit der Leistungselite der Facharbeiter und der leitenden Angestellten suchen und praktizieren.

Die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB) hat in einer mit großer Mehrheit gebilligten Resolution

\*) Dr. Schlögell ist am 8. Mai – nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe – verstorben. Eine Würdigung seiner Lebensleistung folgt im nächsten Heft.

an die BFB-Mitgliedsverbände appelliert, die Arbeit des Instituts für Freie Berufe an der Universität Erlangen/Nürnberg, des einzigen Forschungsinstituts der Freien Berufe in Europa, durch eine regelmäßig zu leistende Spende finanziell zu fördern.

Zwar greift der BFB aus eigenen Haushaltsmitteln dem Nürnberger Institut mit 10 000 DM bereits unter die Arme, doch fehlen im Institutsetat bei der Grundfinanzierung 50 000 bis 100 000 DM jährlich, eine Lücke, die durch den vom Bundesverband der Freien Berufe gebildeten und verwalteten „Instituts-Pool“ geschlossen werden soll. Die BFB-Mitgliedsorganisationen können Spenden auf das Konto Nr. 001/10 821 bei der Deutschen Apotheker- und Ärztebank in Düsseldorf e. G. (BLZ: 300 606 01) einzahlen.

Wie der Vorsitzende des Fördervereins des Instituts für Freie Berufe, Dr. med. Hermann Braun, Allgemeinarzt in Nittendorf, vor der BFB-Jahresversammlung berichtete, ist das Nürnberger Institut bestrebt, die laufenden Personal- und Sachaufwendungen auch durch die Projektfinanzierung zu bestreiten, doch stehen in Aussicht gestellte Förderungsbeträge seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft noch aus, obwohl bereits erhebliche Vorleistungen seitens des Nürnberger Instituts erbracht worden sind. Das Institut hat soeben eine fünfbändige Studie über die Lage der Freien Berufe in Bayern abgeschlossen, die mit rund 300 000 DM aus Mitteln des Bayerischen Wirtschaftsministeriums gefördert worden war.

#### **Freibetrag für Freie Berufe soll erhalten bleiben**

Entgegen den ursprünglichen Absichten von Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg soll – einer Verabredung der Koalitionsparteien vom 3. Mai zufolge – der Freiberufler-Freibetrag in Höhe von 1200 DM jährlich erhalten bleiben. Dies erklärte der Staats-

minister im Bundeskanzleramt, Dr. Philipp Jenninger, MdB, anlässlich eines Empfangs des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB) am selben Tage im Kanzleramt in Bonn.

Der Staatsminister betonte, daß die geplante Steuerreform (zum 1. Januar 1986 ist die sogenannte „große Lösung“ angestrebt) ganz in den Dienst der in der Sicht der Bundesregierung weiter notwendigen Konsolidierung der Staatsfinanzen gestellt werden soll. Eine durchgreifende Revision des Steuertarifs könne nur dann in Aussicht gestellt werden, wenn dies auch nachhaltig finanzierbar bleibe.

Auf Zuspruch des BFB stieß Jenningers Losung, daß sich Leistung wieder lohnen müsse und nicht diejenigen steuerlich bestraft werden dürften, die zu Arbeitsplatzsicherung und zur Steigerung des Bruttosozialproduktes beitragen. Dazu zählten zweifellos die rund 330 000 selbständigen Angehörigen der Freien Berufe ebenso wie die in ihren Büros, Praxen und Kanzleien beschäftigten Mitarbeiter.

Bei der Durchmusterung der Steuerreformvorschläge ist nach Jenningers Auskunft festgestellt worden, daß die meisten steuerlichen Subventionen zugunsten der Arbeitnehmer, nicht etwa zugunsten der Selbständigen und des Mittelstandes gesetzlich verankert sind.

Um die Arbeitsplatzsituation bei den Auszubildenden zu verbessern, appellierte Jenninger an die Freien Berufe, ihren bisher bereits hohen Anteil an Ausbildungsplätzen noch zu erweitern. Derzeit stellen die Freien Berufe und Selbständigen rund 140 000 Ausbildungsplätze (bei 1,1 Millionen Beschäftigten), also mehr als zehn Prozent, zur Verfügung, wohingegen in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft lediglich zwischen drei und fünf Prozent „Lehrlingsstellen“ bereitgehalten werden. HC/EB

#### LA-MED-Befragung

## Ihr Urteil ist erneut gefragt!

In den kommenden Monaten befragt die Arbeitsgemeinschaft LA-MED, in der die überregionalen und die regionalen medizinischen Zeitschriften zusammengeschlossen sind, erneut die Ärzte zu ihrem Leseverhalten.

Falls Sie zu den repräsentativ ausgewählten Ärzten gehören, die vom Untersuchungsinstitut IVE um ein Interview gebeten werden, bitten wir Sie herzlich um Ihre bereitwillige Mitwirkung.

Verlag, Redaktion und Herausgeber sind sehr daran interessiert zu erfahren, wie Sie das Informationsangebot des DEUTSCHEN ARZTEBLATTES einschätzen und nutzen. Zur weiteren Verbesserung unserer Zeitschrift – vielleicht erkennen Sie auf der Titelseite und im Heftinnern erste Schritte einer Neugestaltung – sind wir auf Ihr Urteil darüber angewiesen, wie unsere Arbeit bei Ihnen „ankommt“. Sie werden den Nutzen daraus ziehen!

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Ihr  
Deutscher Ärzte-Verlag